



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Herrn Ludwig Baumann
Vorsitzender
Herrn Prof. Dr. Manfred Messerschmidt
Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats
Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.
Aumunder Flur 3 a
28757 Bremen

Ihr Schreiben vom

Berlin, 29. Februar 2012

Sehr verehrter Herr Baumann,
sehr verehrter Herr Professor Messerschmidt,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 31. Januar 2012 an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Herr Dr. Steinmeier hat mich als zuständigen Fachpolitiker um Beantwortung Ihres Anliegens gebeten. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

Der Gesetzentwurf zur Schaffung einer zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Straftaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz hat das Parlament noch nicht erreicht. Deshalb hat es in der SPD-Bundestagsfraktion auch noch keine abschließende Meinungsbildung zu diesem Vorschlag der Bundesjustizministerin gegeben. Auch im Verteidigungsausschuss ist das Thema noch nicht debattiert worden, wenngleich wir Verteidigungspolitiker schon seit mehreren Jahren über ein solches Vorgehen beraten.

Vorab muss ich eines richtig stellen: Es handelt sich bei dem Gesetzesvorhaben der Bundesregierung nicht um eine Militärgerichtsbarkeit im klassischen Sinne. Geplant ist vielmehr, in der Bundesrepublik eine zentrale Staatsanwaltschaft einzurichten, die über die nötige Expertise verfügt, Straftaten von Soldaten der Bundeswehr zu verfolgen, die im Rahmen von Auslandseinsätzen begangen wurden. Der Verlauf der sogenannten „Kunduz-Affäre“ – um hier ein prägnantes Beispiel zu nennen – hat gezeigt, dass wenn die Bundeswehr im Auslandseinsatz gegen das Völkerrecht verstößt, die Bundesanwaltschaft zukünftig automatisch mit der Ermittlung beauftragt wird. Es gibt also gegen bestimmte Rechtsverstöße schon eine zentrale Staatsanwaltschaft.

Bei Verstößen gegen das Strafgesetzbuch durch Soldaten der Bundeswehr ist es bisher so, dass mit solchen Straftaten betraute Staatsanwaltschaften sich immer erst in einem mühsamen Prozess über die Besonderheiten internationaler Vorgaben und Regeln der Bundeswehr informieren mussten, bevor sie in der Lage waren, ein Urteil über solche Straftaten zu fällen. Das hatte zur Folge, dass Soldaten monatelang auf die Eröffnung eines Prozesses warten mussten. Das halten wir – gerade angesichts der Schwierigkeiten, mit denen Soldaten bei ihren gefährlichen Einsätzen konfrontiert sind – für nicht zumutbar. Deswegen unterstützen die Verteidigungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion den Vorschlag, künftig die Verfolgung solcher Straftaten bei einer zentralen Staatsanwaltschaft zu bündeln.

Mit einer Militärgerichtsbarkeit, in der ein vom Militär eingesetzter Richter Vergehen von Soldaten beurteilt, hat das nichts zu tun. Diese Staatsanwaltschaft wird sich – wie jede andere – aus zivilen Staatsanwälten zusammensetzen. Kommt es zur Anklageerhebung, wird diese durch zivile unab-

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE

BÜROANSCHRIFT UNTER DEN LINDEN RAUM 5061 UNTER DEN LINDEN 50 10117 BERLIN
TELEFON (030) 227-747 06 TELEFAX (030) 227-767 19 E-MAIL RAINER.ARNOLD@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS GERBERSTRASSE 4 72622 NÜRTINGEN
TELEFON (07022) 211 920 TELEFAX (07022) 211 083 E-MAIL RAINER.ARNOLD@WK.BUNDESTAG.DE



hängige Richter durchgeführt. Sie wird nur durch die Bündelung solcher Fälle schneller in der Lage sein, ihre Urteile zu fällen. Soldaten unterliegen – das möchte ich noch einmal betonen – genau demselben Recht wie jeder andere Bürger der Bundesrepublik Deutschland auch.

Ferner will ich darauf hinweisen, dass zentrale Staatsanwaltschaften für unser Land nichts Neues sind. So gibt es bspw. in Berlin eine zentrale Staatsanwaltschaft, die sich um Korruption und organisierte Kriminalität in Deutschland kümmert. Angesichts der deutschen Vergangenheit kann ich Ihr Unbehagen natürlich gut verstehen.

Ich hoffe, meine Stellungnahme trägt dazu bei, Ihre Vorbehalte gegen den Vorschlag der Bundesjustizministerin zu zerstreuen.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Arnold

Verteidigungspolitischer Sprecher der
SPD-Bundestagsfraktion

dingp LS 3. März 2012